

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik Nr. 95 - 20. November 2010

Die Inhalte

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.**
 - 2. Parlamentarische Initiativen**
 - 3. Kommunaldatenbank**
 - 4. Themen**
 - 4.1.▣ Kommunalfinanzen**
 - 4.2.▣ Daseinsvorsorge**
 - 4.3.▣ Öffentliche Unternehmen**
 - 4.4.▣ Öffentlicher Dienst**
 - 4.5.▣ Soziales**
 - 4.6.▣ Energie und Stadtwerke**
 - 4.7.▣ Klimaschutz**
 - 4.8.▣ Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
 - 4.9.▣ Kultur**
 - 4.10. Verschiedenes**
 - 5. Veranstaltungen**
 - 6. Veröffentlichungen**
- -----

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE**

9. Dezember 2010 in Ludwigshafen

Konferenz: Gesundheit ist keine Ware - für ein solidarisches Gesundheitssystem

<http://www.linksfraktion.de/termine/gesundheit-keine-ware-solidarisches-gesundheitssystem/>

10. Dezember 2010 in Berlin (Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Raum E 400)

Fachgespräch - Neuordnung des Deutschen Bankensektors

Info und Anmeldung: barbara.schmarsow@linksfraktion.de

11. Dezember 2010 in Stuttgart

Kultur in der DEMOKRATIE-KRISE

<http://www.linksfraktion.de/termine/kultur-demokratie-krise/>

Vorankündigung (Bitte Termin vormerken)

26./27. Februar 2011 in Mainz

Konferenz - Rekommunalisierung statt Privatisierung

2. Parlamentarische Initiativen

Lokale Bildungsbündnisse - Konzept und Zukunft - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703092.pdf>

Wirksamere Bedarfsplanung zur Sicherung einer wohnortnahen und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung - Antrag der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/032/1703215.pdf>

Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken - Auswirkungen auf die

Entwicklung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt und auf den Ausbau der erneuerbaren Energien - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703089.pdf>

Beschäftigtenrechte bei Übernahmen und Fusionen stärken - Antrag der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703540.pdf>

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des SGB VI und anderer Gesetze (RV-Altersgrenzenanpassungs-Aussetzungsgesetz - RV-AgAG) - Antrag der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703546.pdf>

Initiativen für faire Praktika und einen verbesserten Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten vor Ausnutzung - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703567.pdf>

Regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt und Auswirkungen der geplanten Kürzungen der Bundesregierung - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703654.pdf>

Akzeptanzprobleme bei der Rheintalbahn durch offene Planung beseitigen - Antrag der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703659.pdf>

Energienetze in die öffentliche Hand - Kommunalisierung der Energieversorgung erleichtern - Transparenz und demokratische Kontrolle stärken - Antrag der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703671.pdf>

Extraprofite von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern abschöpfen - Antrag der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703673.pdf>

Aktivitäten der ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) Deutschland AG - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/037/1703710.pdf>

3. Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an felicitas.weck@die-linke.de

Hier folgt eine Auswahl von neu eingestellten Anträgen:

Antrag: Erstellung eines regelmäßigen elektronischen Newsletters

Antrag: Herstellung der Barrierefreiheit der Verwaltungsgebäude

Antrag: Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Anfrage zu Hausbesuchen von LeistungsempfängerInnen (Optionskommunen)

Anfrage zur tariflichen Entlohnung von "Hartz-IV-Aufstockern" (Optionskommunen)

Anfrage zur Höhe der Gerichtskosten für Widersprüche (Optionskommunen)

Antrag zur Anwendung der EU Richtlinie 1370 bei Ausschreibungen für den sozialen Schutz der Beschäftigten im Personennahverkehr

Antrag zur Weihnachtsbeihilfe

Konzept für neue Heckenbänder überall - Schaffung von Biotopvernetzungen

Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts (KrWG) mit Musterantrag zur Einführung einer kommunalen Wertstofftonne

4. Themen

4.1. Kommunalfinanzen

Gewerbsteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln

DIE LINKE lehnt einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommenssteuer strikt ab. Dadurch werden finanzstarke Kommunen noch reicher und finanzschwache Kommunen noch ärmer. Wir fordern stattdessen die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage. Dabei sollten auch

bisher nicht gewerbsteuerpflichtiger UnternehmerInnen wie beispielsweise freiberuflich Tätige und freie Berufe einbezogen werden.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17071.pdf>

Gewerbsteuer weiterentwickeln statt schrittweise abschaffen

Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin erteilt den Vorschlägen des Bundesfinanzministers eine Abfuhr und wirft ihm Wortbruch vor.

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/gewerbsteuer-weiterentwickeln-statt-schrittweise-abschaffen/>

Städte müssen handlungsfähig sein - nachhaltige Entlastungen sind überfällig

In einer Mitgliederkonferenz des Deutschen Städtetages verabschiedeten am 18. November 2010 rund 170 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträte eine "Berliner Resolution der deutschen Städte zur kommunalen Finanzlage".

<http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2010/16.pdf>

Steffen Kampeter (MdB, CDU) für schrittweise Abschaffung der Gewerbsteuer

«Unser Ziel ist die Abschaffung.» Dies gehe aber nur in zwei oder drei Schritten. Alternativ plädierte er dem Bericht zufolge für eine selbst bestimmte Beteiligung der Städte und Gemeinden an der Einkommenssteuer ihrer Einwohner.

<http://www.handelsblatt.com/newsticker/politik/arbeitsgruppe-fuer-steuerreform-geplant;2695020>

4.2. Daseinsvorsorge

Schritte zur Schaffung eines kommunalen Energieunternehmens

DIE LINKE Berlin begrüßt die Vereinbarung über die Gründung einer gemeinsamen »Entwicklungs-Plattform Berlin Energie«. Damit geht Berlin weiter voran auf dem Weg zu einer Modellstadt für eine zukunftsfähige Energieversorgung.

<http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/presse/detail/zurueck/aktuell/artikel/buerger-stadtwerk-demokratisch-oekologisch-und-sozial/>

Übersicht - Gewässer im Besitz des Bundes

Welche Seen, Teile von Seen oder diesen ähnliche Gewässer wie beispielsweise Flussarme sich derzeit im Besitz des Bundes befinden, aufgelistet nach Bundesländern mit Namen des Gewässers und der jeweiligen Flurstückangaben, darüber gibt die Bundesregierung Auskunft.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/037/1703739.pdf>

4.3. Öffentliche Unternehmen

Renaissance der öffentlichen Wirtschaft

Für die komba gewerkschaft kommt es darauf an, die Rekommunalisierung öffentlicher Einrichtungen mit Nachhaltigkeit zu versehen. Entkommunalisierung dürfe nicht länger auf der Tagesordnung der jeweils zuständigen Parlamente stehen, so der komba Chef. Vieles, was der Staat effizienter, verlässlicher und auch billiger kann, lässt sich zurückholen, was Ossenkamp anhand von Beispielen wie dem Wassernetz in Stuttgart belegte.

http://www.komba.de/page.php?pid=628&from_pid=2&cat_id=&nid=1052

4.4. Öffentlicher Dienst

Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2010 - Bürger wollen starken Staat

80 Prozent der BürgerInnen halten eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich. Entgegen den Klischees in der veröffentlichten Debatte werden die BeamtInnen inzwischen durchaus positiv gesehen. BürgerInnen machen bei Behördenbesuchen zunehmend positive Erfahrungen - inzwischen meinen 86 Prozent, die MitarbeiterInnen seien freundlich gewesen und 69 Prozent sagen, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden.

http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb-pdf/forsa_2010-inhalt.pdf

4.5. Soziales

Anhörung zu neuen Hartz-IV-Regelsätzen und KdU am 22. November 2010 im Bundestag

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales wird eine vierstündige öffentliche Anhörung zu den geplanten Hartz-IV-Regelsätzen und dem Bildungspaket für Kinder durchgeführt. Gegenstand der Anhörung sind der entsprechende Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP ([17/3404](#)) sowie Anträge der SPD-Fraktion ([17/3648](#)), der Fraktion Die Linke ([17/2934](#)) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/3435](#)). Zudem geht es um den Gesetzentwurf der Bundesregierung ([17/3631](#)) zur Bundesbeteiligung an den Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger sowie einen entsprechenden Antrag der Grünen-Fraktion ([17/3058](#)). Die Anhörung findet im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus im Sitzungssaal 3.101 von 11.00 Uhr bis 15.00 Uhr statt.

http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_11/2010_379/01.html

Hartz-IV-Empfänger müssen sich, auch wenn sie krank sind, beim Jobcenter melden

Andernfalls kann die Behörde ihr Arbeitslosengeld II kürzen, urteilte das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel. Nur wenn der Langzeitarbeitslose so krank ist, dass er das Haus nicht verlassen kann oder das Bett hüten muss, bestehe ein wichtiger Grund, nicht den Meldetermin beim Jobcenter wahrzunehmen. Dies müsse dann aber mit einer ärztlichen Bescheinigung nachgewiesen werden.

<http://www.bild.de/BILD/news/telegramm/news-ticker,rendertext=14592970.html>

Sparpaket der Bundesregierung gegen die Stimmen der Opposition beschlossen

Das Haushaltsbegleitungsgesetz, besser bekannt als "Sparpaket" ist im Bundestag beschlossen worden. Es tritt zum 1.1.2011 in Kraft. Beschlossen wurden: der Wegfall des Elterngeldes für ALG II - EmpfängerInnen, Absenkung des Elterngeldes oberhalb 1.200 EUR netto von 67 auf 65 %, Wegfall des Heizkostenzuschusses im Wohngeld, Abschaffung der Rentenversicherungspflicht für SGB II EmpfängerInnen, Abschaffung des ALG II-Zuschlages.

http://www.aus-portal.de/gesetzgebung_17779.htm

BA und BMAS wollen künftig mit Jobcenter-Beiräten den Missbrauch von Ein-Euro-Jobs verhindern

Die Beiräte gebe es zwar schon jetzt in einigen Jobcentern, von 2011 an seien sie aber für jedes Jobcenter verpflichtend. Die Beiräte, denen auch ArbeitgeberInnen aus der Region angehörten, sollen künftig prüfen, ob ein Ein-Euro-Job wirklich wettbewerbsneutral sei oder eine unzulässige Konkurrenz für örtliche Firmen darstelle, sagte die Sprecherin der BA.

<http://www.stern.de/wirtschaft/job/beiraete-sollen-missbrauch-von-ein-euro-jobs-stoppen-1623996.html>

Bundesrechnungshof bestätigt Kritik an Ein-Euro-Jobs

Der Bundesrechnungshof hat seine heftige Kritik an Teilen des Hartz-IV-Systems bestätigt. Bei der Suche nach fester Arbeit seien die meisten geförderten Ein-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose nicht hilfreich,

<http://www.handelsblatt.com/newsticker/politik/ministerium-ein-euro-jobs-nicht-als-bruecke-gedacht;2692889>

Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für 2011

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in den Bundestag eingebracht. Der Gesetzentwurf legt die Bundesbeteiligung an den Wohnkosten für Haushalte von ALG-II-Beziehenden für das Jahr 2011 fest. Der Beteiligungssatz des Bundes soll für das Jahr 2011 für Baden-Württemberg auf 28,5%, für Rheinland-Pfalz auf 34,5% und für die übrigen Länder auf 24,5% festgesetzt werden. Damit soll die Bundesbeteiligung 2011 bundesdurchschnittlich bei 25,1% geregelt werden.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703631.pdf>

Bund muss sich angemessen an den Kosten der Unterkunft beteiligen

Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE fordert in ihrer Rede: Der Bundesanteil an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft muss deutlich erhöht werden. Der Bund darf sich nicht länger zu Lasten der Kommunen und der Hartz IV-Beziehenden sanieren. Die Kommunen brauchen endlich eine solide Finanzausstattung, damit die Einwohnerinnen und Einwohner ein würdevolles Leben führen können, wozu auch eine menschenwürdige Wohnung gehört.

<http://www.linksfraktion.de/reden/bund-muss-sich-angemessen-kosten-unterkunft-beteiligen-2010-11-11/>

Die Redebeiträge der anderen Fraktionen stehen auf den Seiten 7783 bis 7788 des Protokolls der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17071.pdf>

Bundesanstalt für Arbeit richtet sich auf die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe ein

Die BA hat eine erste Geschäftsanweisung 39/10 zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe - und zum Abschluss von Vereinbarungen mit Leistungsanbietern auf Gutscheinbasis erstellt. Dort geht es um die organisatorische Abwicklung mit den Leistungserbringern. Die Geschäftsanweisung ist hier zu finden: http://www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Cointent/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Dokument/GA-SGB-II-NR-39-2010-11-08.html

4.6. Energie und Stadtwerke

Stadtwerke beschweren sich bei EU über Laufzeitverlängerung

Elf deutsche Stadtwerke haben Kartellbeschwerde gegen die Atomlaufzeitverlängerung bei der Europäischen Union in Brüssel eingelegt.

http://www.co2-handel.de/article340_15358.html

Kraftwerke für Jedermann - Chancen und Herausforderungen einer dezentralen Energieversorgung

Was ist unter dezentral zu verstehen? Was bedeutet der Wandel von einer zentralen Energieversorgung mit fossilen Großkraftwerken hin zu vielen kleinen Anlagen, die Strom, Wärme und Kraftstoffe aus Erneuerbaren Energien produzieren? Welcher Grad von dezentraler Versorgung ist erstrebenswert? Welche Chancen und Herausforderungen sind mit dem dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien verbunden? Warum und was sind Energie-Bürgerkraftwerke? Antworten auf diese Fragen gibt der neu erschienene Sammelband.

http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/kraftwerke_fuer_jedermann_02.pdf

Gutachten: Abscheidung und Endlagerung von CO₂ aus Kohlekraftwerken birgt enorme Risiken

Ein geologisches Gutachten, das der BUND in Auftrag gegeben hat, zeigt, welche großen Risiken mit CCS verbunden sind. Das Gesetz zur Errichtung von Anlagen mit CCS-Technologie, das derzeit unter Hochdruck von Kanzleramt, Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium vorangetrieben wird und noch im November vom Kabinett verabschiedet werden soll, muss diesen Sicherheitsrisiken Rechnung tragen.

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/ccsgesetz_stoppen/mehr_zum_ccs_gesetz/co2_endlagerung/

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20101118_klima_energie_ccs_studie.pdf

Deutscher Städte- und Gemeindebund zum CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung

Am 28.10.2010 hat der DStGB hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund gegenüber Herrn Bundesumweltminister Dr. Röttgen und Herrn Bundeswirtschaftsminister Brüderle eine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

<http://www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Klimaschutz%20und%20Energieeffizienz/Klimaschutz/DStGB-Stellungnahme%20zum%20Kohlendioxid-Speicherungsgesetz-Entwurf/>

4.7. Klimaschutz

Gewinner des Wettbewerbs "Kommunaler Klimaschutz 2010"

Die Auszeichnung erhielten Kommunen und Regionen, die besonders vorbildliche Maßnahmen, Strategien oder Aktionen im Klimaschutz umgesetzt haben.

<http://www.kommunaler-klimaschutz.de/wettbewerb>

4.8. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

"Weißbuch Innenstadt - Starke Zentren für unsere Städte und Gemeinden"

Das Weißbuch Innenstadt ist ein Angebot, sich für die Zukunft unserer Zentren einzubringen: BürgerInnen und KommunalpolitikerInnen sollten ihre Ideen, Strategien und vor allem konkrete Handlungsvorschlägen unterbreiten. Alle Anregungen werden aufgenommen, geprüft und fließen in eine Überarbeitung des Weißbuchs ein. Das Politikpapier soll dann Grundlage für die Nationale Stadtentwicklungspolitik für die Innenstädte sein. Informationen zum Projekt sind auf der Homepage des BMVBS unter <http://www.bmvbs.de/weissbuch-innenstadt> verfügbar.

4.9. Kultur

Kulturelle Einrichtungen vor Folgeschäden aus der Frequenzversteigerung der digitalen Dividende bewahren

Die Bundesnetzagentur hat Frequenzen, die durch die Umstellung der terrestrischen Fernsehübertragung von analog auf digital frei geworden sind, für insgesamt 4,38 Milliarden Euro versteigert. Die mit diesem Vorgang verbundene Umwidmung des betreffenden Frequenzbereichs führt dazu, dass die in Kultureinrichtungen derzeit üblichen drahtlosen Mikrofone nicht mehr genutzt werden können. Die Kosten für eine entsprechende Umrüstung werden auf bundesweit bis zu 3,3 Milliarden Euro geschätzt. DIE LINKE fordert die Übernahme der Kosten durch den Bund.

<http://www.linksfraktion.de/reden/antrag-linksfraktion-kulturelle-einrichtungen-folgeschaeden-frequenzversteigerung-digitalen-dividende-bewahren/>

Die Redebeiträge der anderen Fraktionen stehen auf den Seiten 7777 bis 7783 des Protokolls der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17071.pdf>

4.10. Verschiedenes

Rot-Rot-Grün in Lübeck

In Westdeutschland haben SPD, LINKE und Grüne das erste kommunale Bündnis geschlossen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/183777.rot-rot-gruen-in-luebeck.html>

5. Veranstaltungen

Alle kommunalpolitisch interessanten Termine sind hier eingestellt:

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/termine/

Neu:

1. Dezember 2010

"Wer zahlt die Zeche" - Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand

Veranstalter: Difu in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag

Ort: Berlin

Info: <http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-12-01/wer-zahlt-die-zeche-das-konnexitaetsprinzip-auf-dem.html>

8. Dezember 2010

Nahmobilität in der Kommune - eine Schimäre oder neue Chancen auch in Metropolen?

Veranstalter: Difu

Ort: Berlin

Info: <http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-12-08/nahmobilitaet-in-der-kommune-eine-schimare-oder-neue.html>

09. Dezember 2010

Potenziale der kommunalen Abfallwirtschaft im Klimaschutz

Veranstalter: Difu in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag

Ort: Erfurt

Info: <http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-12-09/potenziale-der-kommunalen-abfallwirtschaft-im-klimaschutz.html>

10. Dezember 2010

Privatisierung kommunaler Krankenhäuser - Chancen, Risiken, Alternativen

Veranstalter: KWI Potsdam

Ort: Potsdam

Info: http://www.uni-potsdam.de/u/kwi/aktuelles/aktuelles_20101210.html .

12. Januar 2011 in Berlin

Elektromobilität - Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken der neuen Mobilitätsform

Veranstalter: Difu

Ort: Berlin

Info: <http://www.difu.de/veranstaltungen/2011-01-12/elektromobilitaet-hype-oder-realistische-chance.html>

6. Veröffentlichungen

Studie: Kluft zwischen starken und schwachen Regionen nimmt zu

Die Kluft zwischen starken und schwachen Regionen in Deutschland wird immer größer. Denn die wachstumsstarken Städte und Kreise vor allem im Süden und Südwesten der Republik eilen den restlichen Regionen wirtschaftlich immer weiter davon. Das ist ein zentrales Ergebnis des "Zukunftsatlas 2010", in dem das Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos für das "Handelsblatt" die Zukunftsfähigkeit aller 412 deutschen kreisfreien Städte und Kreise untersuchte. http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/downloads/Prognos_Zukunftsatlas_2010_Auf_einen_Blick.pdf

"Stuttgart 21 - oder: wem gehört die Stadt?"

Hermann G. Abmayr, Klaus Gietinger, Eberhard Happe, Wolfgang Hesse, Egon Hopfenzitz, Andreas Kleber, Sabine Leidig, Volker Lösch, Fritz Mielert, Arno Luik, Irmela Neipp-Gereke, Mike Pflugrath, Sybille Stamm, Gangolf Stocker, Carl Waßmuth, Konstantin Wecker, Winfried Wolf

Es enthält hintergründige Beiträge von Experten und bietet lebendige Einblicke in die Bewegung.

Mehr dazu in beigefügter PDF-Datei und hier: <http://stuttgart21.blog.de/2010/11/13/buchtip-stuttgart-21-wem-gehoert-stadt-9967398/>

